Bei denjenigen Strafprozessen, welche wegen Verletzung des Bundesstrafgesetzes vom 4. Hornung 1853 (eidg. Gesetzsammlung Bd. III, S. 404) nach Art. 74 desselben eingeleitet und von kantonalen Gerichten behandelt werden, hat, im Falle der Verurtheilung, der Angeklagte, und im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder der Freisprechung des Angeklagten, die Bundeskasse die Prozesskosten, nach Maßgabe der Gesetze des betreffenden Kantons, zu tragen.

Art. 16. Dieses Gesetz, wodurch das provisorische Reglement vom 31. Mai 1850 (eidg. Gesetzsammlung Bd. II, S. 30) aufgehoben wird, tritt sofort in Kraft.

Der Bundesrath ist mit der Vollziehung desselben beauftragt.

Also den beiden gesetzgebenden Rätthen der Eidgenossenschaft vorzulegen beschlossen,

Bern, den 12. März 1856.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,

Der Präsident: **Stämpfli.**

Der Kanzler: **Schieß.**

B e r i c h t

des

Bundesrathes an den Schweiz. Ständerath über die Rechtsverhältnisse der Israeliten.

(Vom 26. März 1856.)

Tit.

Im Jahr 1849 erhob sich ein Konflikt zwischen den Regierungen von Luzern und Aargau, weil aargauische Israeliten vom Marktbesuche in Luzern ausgeschlossen wurden. Der Bundesrath faßte die Schlußnahme:

„Es habe die Regierung des h. Standes Luzern den aargauischen „Israeliten den Zutritt zu den Märkten ihres Kantons zu gestatten, „vorausgesetzt, daß dieselben sich den auch für die Einheimischen geltenden Gesetzen und Verordnungen unterziehen.“

Gegen diesen Beschluß wurde rekurrirt; und nachdem die vereinigte h. Bundesversammlung sich dafür ausgesprochen, daß zur Beurtheilung dieser Streitfrage die Bundesbehörden kompetent seien, haben die beiden gesetzgebenden Rätthe am 6. und 11. Juli 1850 beschlossen:

„Es sei die Beschwerde des h. Standes Luzern gegen den Beschluß des Bundesrathes vom 4. September 1849, betreffend Zulassung aargauischer Juden auf luzernischen Märkten, nach Lage der Sache und unpräjudizirlich allfälliger künftiger Entscheidung hinsichtlich der Verhältnisse der Juden, abgewiesen.“

Im Jahr 1851 erließ der Große Rath von Luzern ein Gesetz, worin unter Andern den Israeliten untersagt wurde, die Jahrmärkte oder Jahrmessen mit Kramwaaren zu besuchen; doch gab dieses Gesetz dem Regierungsrathe die Befugniß, ausnahmsweise, wenn es im Interesse des Landes liege, einzelnen Israeliten diesen Besuch zu bewilligen. Auf eine vom h. Stande Aargau neuerdings hiegegen erhobene Beschwerde haben wir, konsequent mit unserm frühern Beschlusse vom 4. September 1849, und gestützt auf Art. 29 der Bundesverfassung, unsere Genehmigung versagt.

Im Oktober 1854 erhob die aargauische Regierung eine weitere Beschwerde gegen ein zürcherisches Gesetz vom 23. Dezember 1852 über den Markt- und Hausirverkehr, und insbesondere gegen die §§. 1 und 6 dieses Gesetzes. Im §. 1 werden die Schweizerbürger zum Marktverkehr zugelassen ohne Entrichtung einer weitem Gebühr, als der von den Lokalbehörden festgesetzten Stand- oder Plaggelder, während die nicht im Kanton niedergelassenen Juden, gleich wie nicht niedergelassene Ausländer aus Staaten, die keine Reciprocität gewähren, eines Marktpatentes bedürfen. Im §. 6 wird den Juden der Hausirhandel untersagt.

Nachdem die Regierung von Zürich in einer einläßlichen Eingabe vom 27. November 1854 das fragliche Gesetz vertheidigte, schloß sie mit dem Gesuch um Abweisung der Beschwerde, und bemerkte sodann noch Folgendes:

„Sollte wider Verhoffen die Beschwerde der Regierung des h. Standes Aargau für begründet erachtet werden, so stellen wir dann eventuell das ehrerbietige Begehren, daß es dem Bundesrathe gefallen möchte, diese Frage für die ganze Schweiz in gleichmäßiger Art zu erledigen, und so wie alle andern Kantone, so namentlich auch den h. Stand Aargau selbst anzuhalten, die sachbezügliche Gesetzgebung mit den Vorschriften der Bundesverfassung in Einklang zu bringen. Der Kanton Zürich ist nicht so engherzig, sich einer allgemeinen Maßregel zu Gunsten der Juden widersetzen zu wollen, wenn die Behörden der Eidgenossenschaft solches für zweckmäßig erachten. Dagegen glaubt er sich dagegen verwahren zu sollen, daß ihm die Kosten und Lasten vereinzelter Emanzipationsversuche allein überbürdet werden.“

Sofort nach dieser Eingabe, nämlich im Dezember 1854, trat die h. Bundesversammlung zusammen, und es wurde im h. Ständerath eine Motion gestellt, dahin lautend:

„Der Bundesrath wird eingeladen, Bericht über die gegenwärtig „in den einzelnen Kantonen bestehenden Beschränkungen der Rechte „der Juden zu erstatten und damit gleichzeitig Anträge zu verbinden, „ob und in wie weit derartige Beschränkungen, als mit der Bundes- „verfassung im Widerspruch stehend, aufzuheben seien?“

Der h. Ständerath beschloß: Es sei dieser Gegenstand dem Bundesrathe ohne weitere Direktion in dem Sinne zur Berichterstattung zu überweisen, daß es ihm frei stehe, eine einfache Begutachtung abzugeben.

Bei dieser Sachlage glaubten wir vor der Hand nicht auf die Beschwerde Aargau's gegen Zürich eintreten, sondern Ihnen vorerst den verlangten allgemeinen Bericht erstatten zu sollen. Wir erließen daher am 4. Mai 1855 an sämtliche Kantonsregierungen folgendes Kreis-schreiben:

„In Folge eines Beschlusses des schweizerischen Ständerathes, vom 13. Dezember 1854, und entstandener Konflikte zwischen einzelnen Kantonen, in Betreff der Rechte der Israeliten, finden wir uns zu folgenden Anfragen veranlaßt:

- a. Bestehen im dortigen Kantone noch besondere Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse über die Rechtsverhältnisse der Israeliten in Kraft?
Wenn ja, so ersuchen wir Sie um gefällige Mittheilung derselben.
- b. Sind, abgesehen von Gesetzen, Verordnungen und Beschlüssen, in der Praxis die Israeliten im dortigen Kantone, im Vergleiche zu den Angehörigen christlicher Konfessionen, irgend welchen Beschränkungen unterworfen?

Wenn ja, worin bestehen diese Beschränkungen, z. B. in Beziehung auf Bürgerrechtserwerb, Niederlassung, Aufenthalt, Liegenschaftserwerb, Gewerbs-, Handels- und Marktbetrieb?

Wird ein Unterschied gemacht zwischen schweizerischen und fremden Israeliten?

Wenn ja, worin besteht dieser Unterschied?

- c. Hat der dortige Kanton eigene Bürger, die dem israelitischen Glauben angehören, sei es in ganzen Gemeinden, oder einzeln eingebürgerte Personen?

Wenn ja, werden diese den schweizerischen und ausländischen Israeliten in allen Beziehungen gleich gehalten, oder worin bestehen die Abweichungen?

Werden die eigenen israelitischen Angehörigen namentlich zur Ausübung des politischen Stimmrechtes und zur Ausübung des Markt- und Handelsverkehrs zugelassen?“

Aus den eingegangenen Berichten ergibt sich im Allgemeinen, daß eingebürgerte Israeliten sich nur in den Kantonen Aargau, Bern und

Genf befinden. Im ersten Kanton sind bekanntlich zwei israelitische Gemeinden, im zweiten eine geringe Anzahl von Personen, und im dritten eine einzige Familie. In den meisten Kantonen scheinen nicht einmal Gesuche um Einbürgerung vorgekommen zu sein, weshalb besondere gesetzliche Bestimmungen hierüber größtentheils fehlen. Wir können hierüber, nämlich über den Erwerb des Bürgerrechts, um so eher weggehen, als mit Ausnahme des Art. 43 der Bundesverfassung, der die Entlassung aus dem fremden Staatsverbande verlangt, keine Beschränkung der kantonalen Gesetzgebung auch hinsichtlich der Bürgerrechtsverleihung an Angehörige der christlichen Konfessionen vorhanden ist.

Ueber die Rechtsverhältnisse der Israeliten, sei es als Bürger oder Niedergelassene oder Aufenthaltler, erwähnen wir nur das Wesentliche aus den sämtlichen Berichten der Kantonsregierungen; doch glauben wir auch alles dasjenige, was sich auf den Erwerb und die Bedingungen der Niederlassung bezieht, weglassen und lediglich auf die Akten verweisen zu dürfen, weil es den Kantonen frei steht, Israeliten die Niederlassung zu bewilligen oder zu verweigern, und weil es sich somit nicht darum handeln kann, in dieser Hinsicht von Bundes wegen irgend welche Maßregeln zu ergreifen.

Im Kanton Zürich gelten folgende Ausnahmsgesetze gegen die Juden:

1. Die niedergelassenen Juden dürfen Darlehensgeschäfte auf Pfänder und den Trödelhandel nicht betreiben.
2. Die nicht im Kanton niedergelassenen Juden bedürfen zum Besuch der Märkte eines Marktpatentes.
3. Allen Juden ohne Ausnahme ist verboten, Hausrhandel und Handel mit Rindvieh zu treiben, und Weinlager im Kanton zu halten; auch ist ihnen der Erwerb von Liegenschaften und Pfandurkunden aller Art untersagt.

Es wird kein Unterschied gemacht zwischen schweizerischen und fremden Israeliten.

Im Kanton Bern bestehen keine besondern Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse über die Rechtsverhältnisse der Juden. Auch in der Praxis werden sie keinen besondern Beschränkungen unterworfen, in so fern sie eben entweder als Ausländer oder als Schweizerbürger nicht christlicher Konfession, auf welche wegen dieser Eigenschaft gewisse Bestimmungen der Bundesverfassung über Gewerbs- und Niederlassungsverhältnisse freilich keine Anwendung finden, nach den allgemeinen Gesetzen und Verordnungen über die Fremden behandelt werden. Die wenigen eingebürgerten Israeliten stehen nach konstitutionellen Grundsätzen den übrigen Staatsbürgern gleich; sie werden zum Markt- und Handelsverkehr zugelassen, und eben so ist nicht bekannt, daß ihnen die Ausübung des politischen Stimmrechts verwehrt worden wäre.

Luzern gestattet in der Praxis den Juden meist den Aufenthalt. Im Marktverkehr sind sie gesetzlich den nämlichen Bestimmungen unterworfen, wie die Kantonsbürger; aber für Gewerbs- und Marktpatente läßt man sie gewöhnlich das Maximum der gesetzlich erlaubten Taxen bezahlen; zum Militärdienste sind sie noch nie angehalten worden; nach der Verfassung (S. 27) haben sie kein politisches Stimm- und Wahlrecht.

Uri hat keine besondern Gesetze über die Juden, außer daß die Polizeiverordnung den nicht schweizerischen Juden den Hausirhandel nur mit optischen Waaren und das Feilhalten an Märkten gar nicht gestattet.

In Schwyz besteht nur die Ausnahmsbestimmung, daß den Juden der Hausirhandel und Hausirgewerb gänzlich verboten ist.

Nidwalden hat das nämliche Verbot bezüglich des Hausirens; doch dürfen ausnahmsweise Verkaufspatente für optische Gläser, und Zahnärzten die Bewilligung zur Ausübung ihres Berufes ertheilt werden. Der Marktbesuch ist allen Juden gestattet.

Obwalden hat keine besondern Gesetze oder Verordnungen. In Betreff des Hausir- und Marktverkehrs werden die Israeliten wie Angehörige anderer Konfessionen behandelt, Schweizer und Fremde mit dem Unterschiede, daß letztere bei Lösung von Hausir- und Marktpatenten und solchen für Handelsreisende den doppelten Betrag der für die Schweizerbürger bestimmten Gebühr zu bezahlen haben, was aber bei sämmtlichen Angehörigen fremder Staaten (Verträge vorbehalten) der Fall ist.

In Glarus besteht nur die gesetzliche Beschränkung, daß an nicht schweizerische Israeliten keine Hausirpatente ertheilt werden sollen. Es waltet jedoch die Absicht ob, diese Beschränkung hinsichtlich der Israeliten aus solchen Staaten, mit denen besondere Verträge bestehen, fallen zu lassen.

Zug läßt die Israeliten zur Ausübung des Markt- und Handelsverkehrs zu, wie die Schweizerbürger christlicher Konfession, und hat auch sonst keine Ausnahmsgesetze.*)

Freiburg's neue Gesetzgebung enthält keine besondern Bestimmungen über die Juden. Die Praxis beschränkt sie im Aufenthalt, im dauernden Betrieb einer Industrie und im freien Erwerb von Grundeigenthum. Fällt ihnen aber solcher durch zwangsweise Expropriation, z. B. bei Konkursen anheim, so machen die Gerichte keinen Unterschied; auch ist den Juden der Marktverkehr gestattet. Schweizerische und fremde Juden werden überhaupt gleich gehalten.

*) Es wird hier, wie überall, abstrahirt von den Gesetzen über Niederlassung und Erwerb des Bürgerrechts, weil die Kantone hier hinsichtlich der Juden ganz freie Hand haben.

In Solothurn besteht hinsichtlich des Gewerbs-, Handels- und Marktbetriebs eine Verordnung v. J. 1823, welche verbietet, den Israeliten Hausirpatente zu erteilen. Der übrige Theil der Verordnung ist nicht mehr in Kraft. Der Erwerb von Liegenschaften ist den Juden nur in so weit erschwert, als der Besitz von solchen ohne Niederlassung weniger vortheilhaft wäre. Zwischen Schweizerischen und fremden Israeliten wird kein Unterschied gemacht.

Basel-Stadt hat keine Ausnahmsgesetze über die Juden; auch sind die niedergelassenen Juden (alle Elsäßer, circa 130 Seelen) im Vergleich zu den Angehörigen christlicher Konfession keinen Beschränkungen unterworfen. Ein Unterschied zwischen Schweizerischen und fremden Israeliten besteht nicht.

In Basel-Landschaft besteht ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden. Nach demselben ist ihnen die Betreibung eines Handels, Gewerbs oder Berufes untersagt, so wie das Hausiren; dagegen ist ihnen gestattet, an den ordentlichen Jahr- und Nachmärkten ihre Waaren (Lebwaaren inbegriffen) feil zu bieten. Temporärer Aufenthalt hängt von einer polizeilichen Bewilligung ab. Weitere Beschränkungen, die bis dahin im Civil- und Konkursrecht aufgestellt waren, wurden aufgehoben. Zur Ausübung des politischen Stimmrechts werden die Israeliten nicht zugelassen; ein Unterschied zwischen Schweizerischen und fremden besteht nicht.

Schaffhausen hat ebenfalls ein Spezialgesetz über den Handelsverkehr der Juden ohne Rücksicht auf ihre Herkunft. Dieses Gesetz enthält im Wesentlichen folgende Bestimmungen:

- 1) Den Juden ist verboten, Liegenschaften anzukaufen oder sich häuslich niederzulassen.
- 2) Die Ortsbehörden dürfen ihnen nur einen Aufenthalt von 8 Tagen bewilligen; ein längerer Aufenthalt erfordert die Zustimmung der Kantonspolizei.
- 3) Das Hausiren mit Hornvieh ist gänzlich untersagt, und dieser Handel nur auf öffentlichen Märkten oder im Stalle des Verkäufers gestattet.
- 4) Wenn ein Einwohner in Folge eines Handels einem Juden etwas schuldig bleibt, so ist die Forderung nur dann gültig, wenn darüber in Gegenwart des Präsidenten der Gemeinde, in welcher der Schuldner wohnt, und eines Verwandten des Schuldners verhandelt, eine Urkunde aufgesetzt und von den Betheiligten und dem Beamten unterzeichnet, so wie von letzterm besiegelt ist.
- 5) Jedes Geldanleihen eines Juden an einen Einwohner ist gerichtlich ungültig, wenn das Geld nicht in Gegenwart des Gemeindevorstandes und eines Verwandten des Schuldners haarkauslich ausbezahlt, darüber Urkunde ausgestellt und diese in ein Protokoll eingetragen wird. Wenn übrigens aus solchen Rechtsgeschäften, die den erwähnten Bedingungen (4 und 5) nicht entsprechen, der Kantonsangehörige

sich bereichern würde, so kann das Gericht den Israeliten mit der Bereicherungsklage zulassen.

- 6) Ein höherer Zins als 5 % darf nicht gefordert, und eben so wenig Zins von Zins berechnet werden.
- 7) Wechsel oder Anweisungen, von einem Kantonsangehörigen zu Gunsten eines Juden ausgestellt, bedürfen der oberwähnten Formalitäten (4 und 5).
- 8) Schuldtitel können an Juden nur mit Bewilligung des Schuldners, die durch den Gemeindevorstand zu konstatiren ist, verkauft oder hinterlegt werden.
- 9) Wenn ein Jude durch gerichtliche Verweisung auf seine Unterpfände Eigenthümer von Liegenschaften wird, so muß er diese binnen Jahresfrist wieder verkaufen.

Appenzell A. Rh. untersagt den Juden alles Hausiren durch eine Polizeiverordnung; in der Praxis werden sie ohne Anstand zum Besuch der Jahrmärkte zugelassen. Ein Unterschied zwischen schweizerischen und fremden Juden besteht nicht.

In Appenzell J. Rh. besteht keinerlei Verordnung über die Juden. In Markt- und Handelsangelegenheiten werden schweizerische und fremde Israeliten gleich den Angehörigen christlicher Konfessionen gehalten.

St. Gallen hat eine Polizeiverordnung vom Jahr 1818 über den Aufenthalt und Verkehr der Juden. Nach derselben ertheilt die Polizeibehörde, auf genügende Ausweisschriften hin, Aufenthaltbewilligungen bis auf höchstens drei Monate; diese genügen für das Einkaufsgeschäft. Wollen sich aber die Israeliten auch mit Tauschhandel und Verkauf von Waaren befassen, so bedürfen sie eines Gewerbepatents, das ebenfalls für höchstens drei Monate ausgestellt wird und wofür eine Gewerbesteuer zu entrichten ist. Ohne besondere Bewilligung bleibt den Juden verboten, Magazine oder Zimmer zu Waarenlagern zu miethen oder in Privathäusern zu herbergen; sie sind an die Tavernen-Wirthshäuser gebunden. Diejenigen, welche das Gewerbepatent nicht haben, bedürfen einer besondern Bewilligung zum Feilbieten auf Märkten.

Nach der Praxis sind die Israeliten ohne Unterschied der Herkunft vom Ankauf der Liegenschaften, von der Betreibung der durch die Niederlassung bedingten Gewerbe, so wie vom Hausiren ausgeschlossen. Hingegen können die Gemeinden den Israeliten nebst ihren Familien den Aufenthalt gestatten; auch sind sie auf den Märkten zugelassen und betreiben alle Handelsgeschäfte, Kauf und Verkauf unbeschränkt.

Graubünden's Markt- und Hausirgesetz bestimmt, daß den nicht schweizerischen Juden der Aufenthalt zur Betreibung irgend welchen Handels untersagt sei, und daß ihnen kein Handelspatent ertheilt werden soll. Den schweizerischen Juden wird in der Praxis der Markt- und Hausirhandel gestattet. Es sind keine Fälle vorgekommen, wo Israeliten sich um An-

Kauf von Liegenschaften, Bürgerrechtserwerb oder Niederlassung beworben hätten; es herrscht jedoch die Tendenz, nicht mehr zu gestatten, als was nach dortseitiger Auffassung der Bundesverfassung gestattet wurde.

Aargau. In Folge der Einführung des neuen Civilgesetzes wurden mehrfache Beschränkungen der frühern Spezialgesetze aufgehoben. Die den Gemeindeforporationen in Lengnau und Oberendingen angehörenden Juden werden als heimathhörige Kantonsbürger und Schweizerbürger betrachtet und behandelt, als solche mit besondern Heimathscheinen (als Angehörige der aargauischen Judenforporationen) versehen und zur persönlichen Militärpflicht angehalten. Einzig sind sie noch nicht im Besitze eines vollen Ortsbürgerrechts im Sinn Christlicher Bürgergenossenschaften, was nach dem Berichte der aargauischen Regierung als nothwendige Konsequenz mit sich bringt, daß sie außer dem Kreise ihrer eigenen Korporationsgemeinden ein politisches Stimmrecht bis jetzt nicht ausüben, und daß der §. 74 des Civilgesetzes auf sie Anwendung findet, welcher vorschreibt, daß Kantonsangehörige, welche kein spezielles Ortsbürgerrecht im Kanton besitzen, einer besondern Bewilligung der Regierung zur Verheirathung bedürfen. In Ausübung des Gewerbs-, Handels- und Marktverkehrs sind die aargauischen Juden den eigenen und den Schweizerbürgern Christlicher Konfession ganz gleich gehalten. Dagegen hängt die Bewilligung zum Aufenthalt der aargauischen Juden in andern Gemeinden des Kantons, als Lengnau und Oberendingen, von der Regierung ab und sie kann immer nur auf eine beschränkte Zeitfrist von höchstens zwei Jahren ertheilt werden. Ueber die Verwaltung des besondern Gemeindegewesens der beiden Judenforporationen, so wie ihr Schul- und Handwerkswesen, verweist die Regierung auf das dießfällige Gesetz vom 11. Juni 1824 (Gesetzsamml. III, S. 498). In diesem Gesetze finden wir folgende Beschränkungen, die dem gemeinen Rechte des Kantons kaum entsprechen: §. 6. Unt Zutritt zu den jüdischen Gemeindeversammlungen zu haben, wird außer den übrigen Requisiten ein Vermögen von 600 Franken (a. W.) erfordert. §. 12 und 14. Die Regierung ernennt den ersten Gemeindevorsteher aus freier Wahl und die übrigen vier auf einen gutächtlichen Doppelvorschlag der Gemeinde. §. 18. Der Gemeindschreiber bedarf ebenfalls der Bestätigung der Regierung. Möglicherweise sind darin noch andere Abweichungen vorhanden, deren Erkennung eine genaue Vergleichung mit den aargauischen Gemeinde-, Schul- und Gewerbegesetzen u. s. w. erfordern würde.

Was schließlich die kantonsfremden Israeliten betrifft, so ist ihnen die bleibende Niederlassung untersagt, und ihr vorübergehender Aufenthalt auf die beiden Judengemeinden beschränkt, so wie an gewisse Fristen und Bewilligungen. Schweizerischen Israeliten aus andern Kantonen wird dagegen rücksichtlich des Handels- und Marktverkehrs die durch Art. 29 der Bundesverfassung gewährleistete Gleichbehandlung mit den eigenen Kantonsangehörigen zu Theil.

Thurgau verbietet den Hausirhandel der Israeliten im Allgemeinen; doch werden ausnahmsweise israelitischen Schweizerbürgern Hausirpatente

ertheilt. Der Marktbesuch zum Waarenverkauf ist dagegen den Juden, gleich andern Fremden, mit Vorbehalt der Patentenkündigung unbedingt gestattet.

Im Tessin bestehen keine Gesetze oder Verordnungen, welche sich ausnahmsweise auf die Juden beziehen oder besondere Beschränkungen derselben enthalten.

Auch Waadt hat keine Ausnahmsgesetze für die Juden; sie können sich im Kanton niederlassen, Handel treiben, Immobilien kaufen, Hypotheken besitzen u. s. w., alles nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze. Es besteht unter ihnen der einzige Unterschied, daß fremde Juden aus Staaten, mit denen keine Niederlassungsverträge vorhanden sind, eine höhere Gebühr bezahlen müssen, was übrigens auch in Bezug auf die Fremden christlicher Konfession Geltung hat.

In Wallis gestattet das Niederlassungsgesetz nur den Anhängern christlicher Konfession den Erwerb von Liegenschaften. Im Uebrigen bestehen keine Ausnahmsgesetze im Handel und Marktverkehr, so wie überhaupt; auch findet kein Unterschied zwischen schweizerischen und fremden Juden statt.

In Neuenburg bedürfen die Israeliten der Bewilligung des Großen Rathes zum Ankauf von Grundeigenthum. Es besteht im Uebrigen kein Unterschied zwischen schweizerischen und fremden Juden. Obwohl die in Neuenburg wohnhaften Juden nicht zur Ausübung der politischen Rechte zugelassen werden, so stimmen sie doch in Gemeindefachen und können selbst zu Gemeindeämtern gewählt werden. Im Handel und Marktverkehr genießen sie die nämlichen Rechte, wie die Einheimischen.

Genf kennt weder in Gesetzen und Verordnungen, noch in der Praxis eine ausnahmsweise Behandlung der Juden im Vergleich mit den Angehörigen christlicher Konfession. Eben so wenig macht man einen andern Unterschied zwischen schweizerischen und fremden Israeliten, als den, der zwischen Schweizerbürgern und Fremden christlicher Konfession besteht. Die eingebürgerten Israeliten sind in allen Beziehungen den übrigen Bürgern gleich gestellt.

Dieses sind in allgemeinen Zügen die gesetzlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Israeliten in den Kantonen. Es kann nun nicht in unserer Aufgabe liegen, diese Angelegenheit vom Standpunkt der Gesetzgebungspolitik zu untersuchen und zu prüfen, ob es zweckmäßig sei, durch Verbote des Ankaufs von Liegenschaften, durch Beschränkung der Niederlassung, des Aufenthalts und mehrfacher Gewerbsbetreibungen den Israeliten die Landwirthschaft, Handwerke und größere industrielle Unternehmungen fast unmöglich zu machen. Unser Standpunkt ist nur der bundesstaatsrechtliche, und wir haben es daher lediglich mit der Frage zu thun, ob und wie weit die gegen die Israeliten bestehenden Ausnahmsgesetze mit der

Bundesverfassung im Einklang stehen, und ob die letztere, wie behauptet wurde, den Kantonen die volle und unbeschränkte Souveränität gegenüber den schweizerischen Israeliten überlassen habe? Diese letztere Ansicht wurde bei den früher obgewalteten Umständen auf Art. 48 der Bundesverfassung gestützt, also lautend:

„Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger christlicher Konfession in der Gesetzgebung sowol als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.“

Man fand es damals, nämlich bei Behandlung des Konfliktes zwischen Nargau und Luzern über den Marktverkehr der aargauischen Juden, nicht notwendig, in einläßlicher Weise sich über die Bedeutung, Tragweite und über das Verhältniß dieses Artikels 48 zu den andern Artikeln der Bundesverfassung auszusprechen, weil die von Luzern beanspruchte Anwendung dieses Artikels schon aus dem Grunde beseitigt werden konnte, weil die Beschränkung des Marktverkehrs gegenüber den Israeliten nicht durch ein förmliches Gesetz angeordnet war. Unter diesen Umständen konnte die Entstehung neuer Umstände natürlich nicht ausbleiben, und wir haben oben erwähnt, daß in Folge neuer Gesetze in den Kantonen Zürich und Luzern wiederholte Beschwerden Nargau's an den Tag getreten sind. Wenn nun, veranlaßt durch diese Beschwerden, so wie durch die Eingangs erwähnte Motion, diese Angelegenheit in ihrer Gesamtheit geprüft und entschieden werden soll, so muß nun vor allem auf Sinn und Bedeutung des Artikels 48 der Bundesverfassung eingetreten werden. Hat nämlich dieser Artikel wirklich den Sinn, daß die Kantone unbedingte Freiheit haben, gegenüber den schweizerischen Israeliten auf dem Wege der Gesetzgebung Gutfindendes zu verfügen, so bedarf dann die Sache keiner weitern Untersuchung, sondern der Bund hat einfach seine Inkompetenz zu erklären. Wir können nun aber diese Ansicht über den Art. 48 nicht theilen und erlauben uns, aus unserm frühern Berichte vom 29. November 1849 folgende Gründe wieder anzuführen:

- a. Wenn durch diesen Artikel die schweizerischen Israeliten von jeder Gleichstellung mit andern Schweizern ausgeschlossen sind; wenn die Kantone in jedem Gebiete der Gesetzgebung sie nach Belieben behandeln dürfen, so gibt es für diese Klasse von Schweizerbürgern gar keine Bundesverfassung, gar keine Garantie aller der Rechtswohlthaten, welche der Bund dem Schweizervolke zusichert. Die Schlagkäume in der Schweiz sind gefallen; aber einen Judenzoll können die Kantone wieder einführen; man kann die Israeliten des Bürgerrechts verlustig erklären; für sie existirt kein Petitionsrecht, keine Pressfreiheit, kein Vereinsrecht; sie dürfen für die gleichen Vergehen doppelt und dreifach so viel gestraft werden, als die Christen; man kann sie vor Ausnahmegerichte stellen und für politische Verbrechen mit dem Tode bestrafen, wenn die Kantone es wollen. Alles dieses und noch viel mehr folgt aus jener Interpretation des Art. 48. Wir haben dagegen die Ueberzeugung, daß nicht von ferne die Idee

- obwaltete, die schweizerischen Israeliten unbedingt der Kantonalgewalt zu unterwerfen, sondern vielmehr dieselben der Regel nach andern Schweizerbürgern gleich zu stellen, jedoch unter gewissen, durch die Verfassung zu bezeichnenden Beschränkungen.
- b. Nach dem Gesagten kann daher der Art. 48 nur eine Art dieser Beschränkungen enthalten, und diese ist auch nach der Stellung dieses Artikels und seiner Entstehungsgeschichte leicht herauszufinden. Die Entwürfe der Bundesverfassung enthielten in diesem Artikel gar keine Beschränkung der Israeliten. Bei der ersten Berathung in der Tagsatzung wurde mit Beziehung auf das Gebiet des Civilrechts ein beschränkender Antrag gestellt, der aber in kleiner Minderheit blieb. Erst bei der zweiten Berathung nahm die Redaktion den beschränkenden Zusatz „Christlicher Konfession“ auf, mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Israeliten in manchen Kantonen in gewissen Civilrechten, namentlich im Erwerb von Liegenschaften und Hypotheken, beschränkt seien; der Zusatz enthalte also eine logische Konsequenz des Art. 41 über das Niederlassungsrecht, welches letzteres hierdurch gerade eine praktische Bedeutung finde. Es ist daher klar, daß man die Beschränkung nur auf das Civilrecht beziehen wollte, namentlich in so weit dasselbe mit dem Niederlassungsrecht im Zusammenhang steht, und daß man weit davon entfernt war, die Israeliten im ganzen Gebiete der Gesetzgebung dem Willen der Kantone zu überlassen und sie besonders im interkantonalen Verkehr anders zu stellen.
- c. Wenn der Art. 48 die allgemeine Bedeutung hätte, daß die Kantone hinsichtlich der Israeliten eine ganz freie Stellung haben, so wäre es schwer zu begreifen und jedenfalls sehr unlogisch gewesen, dieselben im Art. 41 (Niederlassungsrecht) und im Art. 44 (konfessionelle Verhältnisse) noch besonders zu beschränken, indem alle möglichen Beschränkungen aus Art. 48 folgen würden.
- d. Aus dem Gesagten geht also hervor, daß die schweizerischen Israeliten nur da beschränkt werden dürfen, wo die Bundesverfassung es zuläßt, und daß dieselben daher bei allen andern Grundrechten, wobei die letztere eine Unterscheidung nicht macht, den übrigen Schweizern gleichgestellt sind. Dieses ist nun besonders auch der Fall beim Art. 29, der das Prinzip des freien Verkehrs aufstellt, dabei den Kantonen polizeiliche Verfügungen vorbehält, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß diese Verfügungen die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandeln müssen.
- Diesen in unserm frühern Berichte angeführten Gründen haben wir noch beizufügen, daß nicht angenommen werden kann, man habe in Art. 48, im Widerspruch mit vielen andern Artikeln, den Israeliten ein Reihe speziell bezeichneter Grundrechte, welche die Verfassung allen Schweizerbürgern ohne Unterschied der Konfession zusichert, wieder nehmen wollen. Ist eine gesetzliche Bestimmung einer doppelten Auslegung fähig, so muß

man diejenige vorziehen, durch welche sie ganz oder möglichst viel mit den übrigen Bestimmungen des Gesetzes in Einklang gebracht wird. Es läßt sich nun nicht läugnen, daß ein Widerspruch immerhin noch übrig bleibt; allein dieser geht in seinen Konsequenzen unendlich weiter, wenn man die Interpretation annimmt, welche wir für unrichtig halten. Nach Art. 4 der Bundesverfassung nämlich sind alle Schweizer vor dem Gesetze gleich. Offenbar wird diese allgemeine und unbedingte Gleichheit durch Art. 48 für die Israeliten beschränkt; allein daraus folgt keinerlei logische Nothwendigkeit, diese Beschränkung nicht nur auf die Gesetze zu beziehen, sondern sie auf die konstitutionellen Grundrechte des Schweizervolkes auszudehnen, und zwar um so weniger, als natürlich bei Abfassung des Art. 48 der Gedanke vorschweben mußte, daß die kantonalen Gesetze, welchen man hinsichtlich der Israeliten freien Spielraum gab, sich immerhin wieder innerhalb der Schranken der Bundesverfassung bewegen müssen. Diese unsere Auffassung des Art. 48 wurde von der Kommission des Ständeraths und der Mehrheit der Kommission des Nationalraths im Sommer 1850 gebilligt; die Minderheit der letztern stellte keine entgegengesetzte Theorie auf, sondern machte mit Rücksicht auf die damalige Sachlage die Ansicht geltend, es sei weder nothwendig noch zweckmäßig, sich über den Sinn des Art. 48 auszusprechen, indem man die Gesetzgebungen über die Israeliten nicht kenne, und somit die Tragweite einer allfälligen Entscheidung nicht zu beurtheilen vermöge. Wir haben im Eingang gesehen, daß die h. Bundesversammlung sodann, auf die letztere Anschauungsweise eingehend, die Beschwerde Luzerns gegen unsern Beschluß zwar abwies, jedoch unpräjudizirlich allfälliger künftiger Entscheidung über die Rechtsverhältnisse der Juden.

Wenn wir nun zu der Ansicht gekommen sind, es sei die im Art. 48 erwähnte Autonomie der Kantone keine absolute, sondern eine beschränkte, kommen wir natürlich auf die Frage, wo die Grenzen der Beschränkungen liegen und wie weit die Kantone in exceptionellen Gesetzesbestimmungen über die Israeliten gehen können. In der bisherigen Ausführung haben wir bereits auf den entscheidenden Gesichtspunkt hingewiesen, und wir fassen unsere Ansicht in den Satz zusammen: Nach Art. 48 sind die kantonalen Gesetzgebungen über die Verhältnisse der Israeliten unabhängig, in so weit dadurch nicht Rechte angetastet werden, welche durch die Bundesverfassung allen Schweizern ohne Unterschied der Konfession zugesichert sind. Es bleibt nun noch übrig, diese Rechte zu bezeichnen und dann einen vergleichenden Blick auf die kantonalen Gesetzgebungen zu werfen, um zu beurtheilen, ob und in welchen Richtungen sie mit dem aufgestellten Grundsatz im Widerspruche seien.

Wir finden jene auf alle Schweizerbürger anzuwendenden Garantien in folgenden Artikeln der Bundesverfassung: Art. 29 (freier Verkehr) 42, 63, 64, 84, 97 (politische Stimm- und Wahlfähigkeit), 43 (Garantie gegen Verlust des Bürgerrechts), 45 (Pressfreiheit), 46 (Vereinsrecht), 47 (Petitionsrecht), 53 (verfassungsmäßiger Gerichtsstand), 54 (Beschrän-

fung des Strafrechts bei politischen Verbrechen). Nun bleiben die Artikel 43, 45, 46, 47, 53 und 54 ganz unberührt von sämmtlichen kantonalen Ausnahmsgesetzen, und es ist auch nicht zu vermuthen, daß man je an hierauf bezügliche Beschränkungen der Israeliten in den Kantonen denken werde. Hinwieder sehen wir eine Reihe von Ausnahmsgesetzen, die mit keinem der obigen Artikel im Widerspruch stehen und die also kraft des Art. 48 fortbestehen dürfen. Dahin gehören die Beschränkungen in Erwerbung des Bürgerrechts, der Niederlassung, des Grundeigenthums, welches im Art. 29 gewiß nicht unter Kaufmannswaaren begriffen ist, in Darlehens- und Wechselgeschäften mit oder ohne Hypotheken, in der Form der Schuldurkunden, in Heirathsbewilligungen und in konfessionellen Verhältnissen. Man sieht, es ist noch ein sehr großes Feld von Beschränkungen vorhanden, welche gegen schweizerische Israeliten angewendet werden können, und der Schutz, welchen die Bundesverfassung gegen einzelne, wirklich bestehende Ausnahmsgesetze denselben gewähren kann, reduziert sich auf Weniges im Verhältniß zu den vielen und zum Theil sehr tief eingreifenden Beschränkungen, denen sie nach Art. 41, 44 und 48 unterworfen bleiben dürfen. Alles, was Stoff zu Anständen bietet, reduziert sich nämlich auf die Artikel 29 und 42, und wir haben daher schließlich noch näher auf dieselben einzugehen.

Der Art. 29 stellt den Grundsatz des freien Verkehrs von Kanton zu Kanton auf, und zwar für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbszeugnisse jeder Art. Die Kantone dürfen polizeiliche Verordnungen erlassen, sollen aber die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandeln. Wir haben in den frühern Berichten und im gegenwärtigen die allgemeinen Gründe angeführt, warum wir glauben, daß auch die schweizerischen Israeliten unter der Rechtswohlthat dieses Verfassungsprinzips stehen. Vergleichen wir nun damit die kantonalen Gesetze, so finden wir in einem Theile derselben zweierlei Beschränkungen der Israeliten, nämlich:

- 1) Im Marktverkehr. Die Ausschließung der Israeliten von Marktverkehr ist zwar nirgends grundsätzlich und allgemein vorhanden allein sie bedürfen an den einen Orten Bewilligungen (Patente) die als solche verweigert werden können, was auf Marktbesuche christlicher Konfession nicht angewendet wird; an andern Orten habe sie höhere Taxen zu bezahlen. Diese Verordnungen sind aber offenbar nicht polizeilicher Natur, sondern Vorsorgen gegen Konkurrenten und streiten daher gegen das Prinzip des Verfassungsartikels. Dieselben Verfügungen sind also von einem doppelten Standpunkte unzulässig einmal weil es keine polizeilichen Verfügungen sind und sodann, weil sie nur gegen israelitische Schweizerbürger angewendet werden (Art. 29, d). Wir fügen nur noch bei, daß auch die frühern Kommissionen die gesetzgebenden Rätthe dieser Auffassung beigetreten sind.
- 2) Im Hausirverkehr. Diese Beschränkung greift schon weiter ein weil in mehreren Kantonen dieser Handel den Israeliten absolut ver-

boten ist, und in andern theilweise. Nach unserer Ansicht sprechen die nämlichen Gründe gegen diese Verfügungen wie beim Marktverkehr. Der Hausirhandel bedarf allerdings, wie kein anderer, polizeilicher Verordnungen, und er wird um so mehr beschränkt werden können, je besser die Kommunikationsmittel werden und je mehr an allen einzelnen Orten für alle Bedürfnisse des Lebens durch Verkaufsmagazine oder Kramladen gesorgt ist. Es läßt sich gegen wirkliche Polizeivorschriften durchaus nichts einwenden, so z. B. gegen die Bestimmung, daß der Hausirhandel nur mit gewissen Waaren betrieben werden dürfe, die einen unbedeutenden Werth haben und deren Beschaffenheit leicht von Jedermann beurtheilt werden kann. Dagegen kann man es eben so wenig, wie beim Marktverkehr, als Polizeimaßregel betrachten, eine Klasse von Schweizerbürgern einfach von dieser Verkehrsart auszuschließen oder ihr schwerere Bedingungen aufzulegen. Wir glauben daher, daß auch den Israeliten der Hausirhandel unter den für Kantonsbürger geltenden polizeilichen Beschränkungen gestattet werden müsse, sobald man den Grundsatz aufstellt, daß der Art. 29 auf die Israeliten anzuwenden sei. Das Gesagte gilt natürlich vom freien Kauf und Verkauf überhaupt, so weit derselbe nicht mittels der Niederlassung oder eines dauernden Aufenthalts betrieben werden will.

Was nun noch die politischen Rechte betrifft, so ist der Art. 42 der Bundesverfassung maßgebend, dem sich als natürliche Konsequenz die Art. 63, 64, 84 und 97 anschließen. Da die Ausübung dieser Rechte von der Niederlassung abhängt, so versteht sich von selbst, daß die Kantone die Israeliten davon ausschließen können, indem sie ihnen die Niederlassung verweigern. Wenn sie aber die letztere gestatten, so müssen sie ihnen die politischen Rechte gewähren, welche sie im Heimathskanton beanspruchen können. Wir haben gesehen, daß nur drei Kantone Israeliten mit Bürgerrecht haben, nämlich Aargau, Bern und Genf. In den beiden letztern wird ihnen die Ausübung der politischen Rechte gar nicht beanstandet; dagegen sind sie im Aargau davon ausgeschlossen. Die Frage, ob den israelitischen Schweizerbürgern die politischen Rechte zustehen, hat also keine Bedeutung für die Niederlassungskantone, sondern nur für die Heimathskantone, oder eigentlich nur für Aargau. Wie bereits erwähnt, sind die aargauischen Israeliten dort vom politischen Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie nicht im Besitze eines vollen Ortsbürgerrechts im Sinn christlicher Bürgergenossenschaften seien, was als Konsequenz mit sich bringe, daß sie außer dem Kreise ihrer eigenen Korporationsgemeinden ein politisches Stimmrecht nicht ausüben können. Ob sie dieses aber innerhalb diesem Kreise ausüben, wird nicht gesagt. In dem einen, wie im andern Falle vermögen wir weder die Richtigkeit der Prämisse, noch der Schlußfolgerung einzusehen. Warum sollen sie nicht volle Ortsbürger sein, wie die Bürger anderer Gemeinden? — Ein innerer Rechtsgrund, ein rechtlicher Unterschied in den Beziehungen der dortigen Israeliten zu ihren

Dorfschaften gegenüber den Beziehungen anderer aargauischer Bürger zu ihrer Heimath dürfte sich schwerlich auffinden lassen. Die Israeliten sind in den aargauischen Dorfschaften Obereudingen und Lengnau heimathberechtigt und dürfen nicht von da weggewiesen werden; sie haben Gemeinde-, Kirchen- und Schulgüter und eine Gemeindeorganisation; sie stellen Heimathscheine aus und werden als Kantonsbürger anerkannt. Sie sind daher unzweifelhaft Ortsbürger dieser Gemeinden, welchen Namen man ihnen beilegen mag. Ob die Organisation der letztern mehr unter hoheitliche Aufsicht gestellt sei, und mehr Beschränkungen habe, als die andern Gemeinden, kann wol am Begriffe des Bürgerrechts nichts ändern. Daher sind die aargauischen Israeliten schon nach §. 36 der Kantonsverfassung stimmfähig. Abgesehen hievon, scheint uns aber der bundesstaatsrechtliche Standpunkt entscheidend. Der Art. 42 der Bundesverfassung, ohne zwischen mehr oder mindervollen Ortsbürgerrechten zu entscheiden, sagt: „Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger und übt als solcher seine politischen Rechte aus.“ Ueberdies bestimmt der Art. 17 des Gesetzes über die Heimathlosen, daß allen Schweizerbürgern, welche zwar ein Kantons- aber kein Ortsbürgerrecht haben, wie z. B. den ewigen Einsassen, Landfassen u. s. w., das letztere verschafft werden soll, und zwar ohne Beschränkung der politischen Rechte. Gleichwie daher Aargau verlangt, daß der Art. 29 über freien Verkehr auf seine Israeliten angewendet werde, weil darin ein Unterschied der Konfessionen nicht erwähnt sei, so muß aus demselben Grunde auch der Art. 42 über Ausübung der politischen Rechte auf dieselben Anwendung finden.

Wir fassen daher unsere Ansicht in folgende Sätze zusammen:

- 1) Nach Art. 48 der Bundesverfassung sind die kantonalen Gesetzgebungen über die Israeliten unabhängig, in so weit dadurch nicht Rechte angetastet werden, welche durch die Bundesverfassung allen Schweizern ohne Unterschied der Konfession zugesichert sind.
- 2) Mit Rücksicht auf die gegenwärtig bestehenden Ausnahmsgesetze folgt daraus, daß die Art. 29 und 42 auf die Israeliten anzuwenden sind, in der Meinung, daß denselben, gleich wie andern Schweizerbürgern, das Recht des freien Kaufs und Verkaufs der im Art. 29 bezeichneten Gegenstände zustehe, und daß sie auch zur Ausübung der politischen Rechte befugt seien.

In sofern die h. Bundesversammlung diesen Ansichten beitrifft, so dürfte es genügen, den Bundesrath zu beauftragen, der Bundesverfassung in diesem Sinne Vollziehung zu verschaffen.

Schließlich benutzen wir diesen Anlaß, Sie, Eit., unserer vollkommensten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 26. März 1856.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,

Der Präsident: **Stämpfli.**

Der Kanzler: **Schöpf.**

Bericht des Bundesrathes an den schweiz. Ständerath über die Rechtsverhältnisse der Israeliten. (Vom 26. März 1856.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1856
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	16
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.04.1856
Date	
Data	
Seite	258-272
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 866

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.